

Mehr Schutz und Orientierung im Internet gefordert

geschrieben von Redakteur | Februar 22, 2021



Repräsentative Umfrage zum Kinder- und Jugendmedienschutz

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland wünscht sich einen besseren Kinder- und Jugendmedienschutz im Internet. Das hat eine repräsentative Umfrage des Politik- und Sozialforschungsinstituts Forsa im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes (DKHW) zum Kinder- und Jugendmedienschutz ergeben.

Strenge Schutzeinstellungen gefordert

90 Prozent der Interviewten sind der Meinung, dass die bekannten Alterseinstufungen für Filme und Spiele auch im Internet gelten sollen. 88 Prozent möchten, dass sich alle Betreiber von Internetseiten ausnahmslos dazu verpflichten sollten, strenge Schutzeinstellungen für Kinder und Jugendliche einzurichten. Und auch einfache

Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, um unzulässige oder zweifelhafte Inhalte im Internet melden zu können, befürworten große Teile der Bevölkerung (84 Prozent). Sie favorisieren zudem Begründungen von Altersbeschränkungen für Online-Spiele und -Filme (83 Prozent). Vorkehrungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sollen dabei auch kleine Anbieter von Internetseiten treffen (84 Prozent).

„Die Ergebnisse spiegeln die ganz konkreten Bedürfnisse und Überzeugungen der Menschen in Bezug auf ein modernes Jugendmedienschutzsystem in Deutschland wider. Es wird nun Zeit, dass das Jugendschutzgesetz den tatsächlichen Mediennutzungsgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen angepasst wird“, sagt Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Ausgewählte Ergebnisse

Eine sehr große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland (90 Prozent, dabei 58 Prozent „Sehr wichtig“ und 32 Prozent „Eher wichtig“) ist der Meinung, dass die bekannten Alterseinstufungen für Filme und Spiele auch im Internet gelten sollen. Frauen sind eher als Männer dieser Meinung (95 zu 85 Prozent) und Befragte über 60 Jahren häufiger als diejenigen unter 30 Jahren (94 zu 82 Prozent).

Dass alle Betreiber von Internetseiten ausnahmslos dazu verpflichtet werden, strenge Schutzeinstellungen für Kinder und Jugendliche einzurichten, befürworten 88 Prozent (61 Prozent „Sehr wichtig“ und 27 Prozent „Eher wichtig“). Auch hier sind Frauen eher als Männer dieser Meinung (94 zu 82 Prozent) und Befragte über 60 Jahren häufiger als diejenigen unter 30 Jahren (94 zu 76 Prozent). Besonders häufig wird diese Forderung auch von den Befragten mit niedrigem Bildungsabschluss befürwortet (94 Prozent), während bei denen mit hohem Bildungsabschluss 87 Prozent dieser Meinung sind.

Einfache Beschwerdemöglichkeiten

Auch einfache Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, um unzulässige oder zweifelhafte Inhalte im Internet melden zu können, werden von großen Teilen der Bevölkerung (84 Prozent, dabei 54 Prozent „Sehr wichtig“ und 30 Prozent „Eher wichtig“) befürwortet. Größere Zustimmung zu einer solchen Maßnahme auch hier wieder bei den Frauen (88 zu 79 Prozent) sowie vor allem bei den älteren Befragten (88 Prozent), während nur 72 Prozent der unter 30-Jährigen dieser Meinung sind.

Einfache Beschwerdemöglichkeiten wünschen sich auch Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss eher als solche mit hohem Bildungsabschluss (89 zu 81 Prozent).

Begründungen für Altersbeschränkungen

83 Prozent der Bevölkerung wünschen sich Begründungen von Altersbeschränkungen (zum Beispiel Gewalt, Sexualität, Werbung, Kommunikationsrisiken) für Online-Spiele und -Filme (43 Prozent „Sehr sinnvoll“ und 40 Prozent „Eher sinnvoll“). Frauen sind etwas öfter als Männer dieser Meinung (86 zu 81 Prozent) und Befragte über 60 Jahren geringfügig eher als diejenigen unter 30 Jahren (86 zu 83 Prozent). Und auch die Frage, ob im Haushalt Kinder leben oder nicht, hat einen Einfluss auf diesen Wunsch (88 zu 82 Prozent).

Auch kleine Anbieter gefordert

Vorkehrungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sollen auch von kleinen Anbietern von Internetseiten getroffen werden müssen (84 Prozent). Das wird von Frauen eher als von Männern so gesehen (88 zu 79 Prozent), und von älteren Befragten (91 Prozent) eher als von Befragten unter 30 Jahren (84 Prozent) und vor allem von den 30- bis 44-Jährigen (74 Prozent).

Methode

Für die repräsentative Umfrage zum Kinder- und Jugendmedienschutz wurden vom Politik- und Sozialforschungsinstitut Forsa im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes deutschlandweit 1.010 deutschsprachige Personen ab 18 Jahren in Deutschland befragt. Die statistische Fehlertoleranz liegt bei \pm drei Prozentpunkten. Die repräsentative Umfrage erfolgte im Rahmen eines Projektes der Koordinierungsstelle Kinderrechte des Deutschen Kinderhilfswerkes. Die Koordinierungsstelle Kinderrechte begleitet die Umsetzung der aktuellen Strategie des Europarates für die Rechte des Kindes (Sofia-Strategie 2016-2021) und wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.